

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Zum Internationalen Frauentag am 8. März fordert **Dr. Konstanze Wegner MdB** Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Hochschulen und Kirchen auf, ihren Beitrag zur überfälligen Einlösung des Grundsatzes der Gleichberechtigung zu leisten.

Seite 1

Mehr Sicherheit bei der Beförderung von gefährlichen Gütern fordert **Dr. Margit Wetzel MdB**.

Seite 2

Die Schaffung eines Gesetzbuches zum Arbeitsschutz könnte die Unfall-Zahlen senken. Ein Vorschlag von **Manfred Reimann MdB**, Arbeitsschutzexperte der SPD-Bundestagsfraktion.

Seite 5

Wirtschaftsbürger statt Wirtschaftsuntertan - **Siegmar Mosdorf MdB** erinnert an den SPD-Wirtschaftspolitiker Heinrich Deist anlässlich seines 30. Todestages.

Seite 6

Was schert den Kanzler sein Geschwätz von gestern?, fragt **Cornelia Sonntag-Wolgast MdB** angesichts der Verschleppungstaktik der Bundesregierung bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Seite 8

49. Jahrgang / 43

3. März 1994

Frauen fordern ihr Recht

Gedanken zum Internationalen Frauentag am 8. März

Von Dr. Konstanze Wegner MdB

Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung. Seit 75 Jahren besitzen sie in Deutschland das Wahlrecht, seit mehr als vier Jahrzehnten steht der Gleichberechtigungsgrundsatz in der Verfassung. Doch in der gesellschaftlichen Realität des Alltags sind Frauen von der Verwirklichung dieses Grundsatzes noch meilenweit entfernt.

Vor jeder Wahl werden plötzlich die Bedürfnisse der Frauen entdeckt, nach den Wahlen werden sie ebenso schnell wieder vergessen. In diesem Jahr finden insgesamt 19 Wahlen statt - eine gute Gelegenheit, Frauenrechte von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Gewerkschaften einzufordern. Was nützen schwülstige Programmpassagen über die bedeutsame Rolle der Frau und Mutter in Staat und Gesellschaft, wenn eben diese Frauen und Mütter im Arbeitsleben, im partnerschaftlich-familären Bereich und in der Politik permanent benachteiligt werden?

Wie sieht es aus im Arbeitsleben? Frauen werden trotz gleicher Qualifikation schwerer eingestellt, schlechter bezahlt, eher entlassen und erhalten niedrigere Renten als Männer. 70 Prozent der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern sind Frauen.

Wie geht es zu im privat-partnerschaftlichen Bereich, in der angeblich so heilen deutschen Familie? Frauen werden weit häufiger als Männer Opfer körperlicher Gewalt. Frauenhäuser als Auffang- und Beratungsstationen für diese mißhandelten Frauen gibt es immer noch nicht flächendeckend und in ausreichender Anzahl und ihre Finanzierung ist nach wie vor nicht gesetzlich geregelt. Frauen tragen die Hauptlast der Familienarbeit, das heißt also, wenn sie berufstätig sind, eine Doppelbelastung. Die Regelung von Schwangerschaftskonflikten wird in unserem Land durch eine Altherrenriege bestimmt, nämlich durch ein fast ausschließlich männlich besetztes Bundesverfassungsgericht und einen überwiegend männlich besetzten Bundestag. Zwangsberatung, Rechtswidrigkeit, Verweis bedürftiger Frauen auf die Sozialhilfe, Strafandrohung: das sind die Stichworte dieses zutiefst widersprüchlichen Verfassungsgerichtsurteils und seiner Umsetzung durch die Regierungskoalition.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zustögl. MwSt. und Versand.

Veränderung
mit maximaler
Kopierbarkeit



Wie ist die Situation der Frauen in Politik und Gesellschaft? Wir besitzen in Deutschland einen männlichen Bundeskanzler, einen männlichen Bundespräsidenten, in 15 von 16 Ländern männliche Ministerpräsidenten und zum Beispiel in meiner Heimatstadt Mannheim einen männlichen Oberbürgermeister und fünf männliche Dezernenten. In den Spitzen der Ministerien von Bund und Ländern, in den Vorstandsetagen der Unternehmen und auf den Lehrstühlen der Universitäten sind Frauen nur als Spurenelemente vertreten. Aber die Frauenministerin Merkel, deren Pflicht es wäre, sich für die Gleichstellung der Frauen in Deutschland einzusetzen, lehnt jegliche Quotierung als "schematisch" und mögliche Sanktionen als "problematisch" ab.

Frauen haben diese unsere gesamte Gesellschaft prägenden Grundmuster von Diskriminierung gründlich satt, ebenso wie die damit einhergehende Haubelei. So hat auch die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in Sachen Frauenpolitik tief enttäuscht und hat damit auch in diesem Bereich eine einmalige Chance für das wiedervereinigte Deutschland vertan.

Frauen fordern ein Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft mit Biß, das heißt, mit qualifikationsbezogener Quote und mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten. Sie fordern endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sie fordern das Verbot beziehungsweise die Absicherung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, denn diese sind das Einfallstor für Altersarmut. Sie fordern endlich eine flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen als Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Deutschland ist hier fast Schlußlicht in Europa, das ist eine Schande für ein reiches Land!

Die Liste der Forderungen wäre noch lang. Ihre Verwirklichung darf nicht immer lediglich unter Kostengesichtspunkten gesehen werden, sondern sie ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der sozialen und demokratischen Qualität unseres Staates. Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Hochschulen und Kirchen sind aufgefordert, endlich ihren Beitrag zur überfälligen Einlösung des Gleichberechtigungsgrundsatzes zu leisten.

Gefordert sind aber auch die Frauen selbst. Sie brauchen Kampfgeist, langen Atem und vor allem Solidarität untereinander. Der Abbau jahrtausendealter männlicher Privilegien wird nicht zwangsläufig erfolgen, sondern nur durch solidarische Interessensvertretung, Zivilcourage und Beharrlichkeit der Frauen und durch die Mitwirkung einsichtiger Männer.

(-/3. März 1994/hgs/ks)

Stopp den rollenden Bomben **Mehr Sicherheit in der Gefahrgutbeförderung**

Von Dr. Margrit Wetzel MdB

15 Prozent aller Frachtbewegungen in Deutschland (oder 400 Millionen Tonnen) sind Gefahrguttransporte, die meisten erfolgen auf der Straße. Im zusammenwachsenden Europa erwarten wir eine steigende Verkehrsleistung mit erheblichem Wachstumspotential. Die Liberalisierung bei Preisen und Kapazitäten bewirkt einen - im wahrsten Sinne des Wortes - mörderischen Wettbewerb, der das Gefahrenpotential im Straßenverkehr erhöht - sei es durch Erhöhung des Durchschnittsalters der Fahrzeuge und durch "Grenz"-Pflege und -Reparatur der Fahrzeuge, sei es durch Selbstausbeutung der Fahrer/Unternehmer. Wir müssen also alles

tun, um Unfälle trotz dieses wachsenden Gefährdungspotentials zu vermeiden und mögliche Folgeschäden so gering wie möglich zu halten.

Unfälle entstehen zumeist nicht durch direkte Kausalität zum Gefahrgut. Wenn sie geschehen, tritt der erheblichste Schaden immer noch durch gefährliche Flüssigprodukte ein, vor allem an Boden und Gewässern; Grundwasserkontaminationen werden per se als nicht sanierungsfähig eingestuft. Die absolute Zahl der Unfälle sinkt zwar, aber die Schadensschwere nimmt zu. 470.000 DM betragen die durchschnittlichen Kosten jedes Gefahrgutunfalls. Wir müssen also in ganz besonderem Maße alles daran setzen, gefährliche Transporte zu vermeiden: Durch eine entsprechende Fertigungstiefe der Produkte, durch harmonisierte Umweltstandards, die unnötige Nord-Süd-Transporte zur Weiterverarbeitung von Grundstoffen verhindern, durch intelligente Nutzung von Pipelinesystemen, oder zum Beispiel durch die konsequente Konzeption von Großtanklagern für die Tankstellenversorgung - zwei Drittel aller Fahrguttransporte erfolgen im Nahbereich unter 100 km! Großtanklager können technisch besser ausgestattet sein, haben eine professionelle Leitung und können effizienter überwacht werden.

Das Gefahrgutregelwerk, eine Vielfalt nationaler, europäischer und internationaler Gesetze, Vorschriften, Verordnungen, Richtlinien und Empfehlungen, ist außerordentlich komplex, mehrfach verschachtelt und je nach Verkehrsträger auch noch voneinander verschieden. Schon um eine fahrlässige oder sogar vorsätzliche Umgehung dieser Rechtsgrundlagen zu verhindern, ist eine internationale verkehrsträgerübergreifende Vereinfachung und Entrümpelung des Gefahrgutrechts notwendig.

Effektive, strenge und weitgehende Präventionsvorschriften müssen EU-weit bewahrt beziehungsweise eingeführt werden, sie müssen für Unternehmen, Gefahrgutbeauftragte, Fahrer und Kontrollorgane nachvollziehbar und verständlich sein, sie müssen durchsetzbar und kontrollierbar sein. Statt eines europäischen Downcycings der Sicherheitsstandards muß das Instrument strenger Sanktionen gegen Verstöße eingesetzt werden.

Im Gefahrgutstraßentransport ist Sicherheitsgewinn möglich!

Die Attraktivität des LKW für Gefahrguttransporte ist aufgrund fehlender Schiff-/Schiene-Umschlagskapazitäten und ökonomischer Belastungen des gebrochenen Verkehrs - auch durch lange Anmelde- und Wartezeiten auf bestimmten Relationen, zum Beispiel im Ostseeverkehr - ungebrochen. Die Schließung gleisversorgter Großtanklager und die strukturelle Entwicklung der chemischen Industrie zum Beispiel in den neuen Ländern schaffen Fakten. Um Sicherheitsgewinne zu erzielen, gibt es trotz der Verlagerungsdefizite eine Reihe von Ansatzstellen:

1. Im Betrieb, in dem die Be- oder Entladung, das Stauen und Sichern der Ware erfolgt, kann durch vorsorgliche Betriebskontrollen, die vor allem einen beratenden Charakter haben, präventiv für sichere Ladung gesorgt werden.

Beispiel: Containerkontrollen in den nordwesteuropäischen Häfen ergaben eine Beanstandungsquote von 50 Prozent wegen falscher Ladungssicherung in den Containern. Das ist wenig verwunderlich, wenn das Stauen aus den Häfen herausverlagert wird, weil Unternehmer die Hafentarife nicht zahlen wollen.

2. Die Schulung der Gefahrgutbeauftragten enthält keine Qualitätssicherung. Die fachliche Eignung der Schulungsinstitute ist nirgends definiert. Aus Laien sollen binnen drei Schultagen erfolgreich Gefahrgutexperten werden, bei bloßer Anwesenheit ohne eine Leistungskontrolle oder eine Prüfung!
3. Für den Betrieb des Fuhrunternehmers muß europaweit der Marktzugang gründlich korrigiert werden: Fachliche Eignung, solide finanzielle Ausstattung und persönliche Zuverlässigkeit.

sigkeit des Fuhrunternehmers, keine Leiharbeitnehmer, keine Werkverträge, Übernahme qualifizierter Fahrerschulung sollen Mindestvoraussetzungen sein. Unfälle und Normenverstöße gegen die Rechtsvorschriften müssen Sanktionen auch für die Versender beziehungsweise Verlager nach sich ziehen: Kontrollen der Tourenplanung, Punkte in einem Gewerbezentralregister auch für ausländische Unternehmer mindern die Risiken, Sicherheitsvorsorge würde damit zur Positiv-Werbung für Fuhrunternehmer.

4. Die Fahrzeugführer sind zu circa 70 Prozent Hauptverursacher von Gefahrgutunfällen; die personenbezogenen Fehler sind dabei zu fast 50 Prozent falsche Geschwindigkeit, Abstands- und Vorfahrtsfehler. Die Statistik bei Gefahrguttankfahrzeugen weist sogar zu 70 Prozent Geschwindigkeitsübertretungen und "andere Fehler beim Fahrzeugführer" aus, über deren Ursachen "keine näheren Angaben" gemacht werden können. Neun Prozent der Unfälle sind auf technische Mängel zurückzuführen. Unterbietungswettbewerb, unverantwortliches Management, gefährliche Tourenplanung, Streß, Zeitdruck, Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten bilden einen Teufelskreis.

Der Einbau elektronischer, manipulationssicherer Kontrollgeräte mit Fahrer-Chip-Karten muß deshalb verbindlich vorgeschrieben werden.

- 5: Die Ausbildung als Gefahrgutfahrer sollte von den Unternehmen übernommen werden. In Europa sollten neben der Nachschulungsfrist von drei Jahren auch verbindliche Simulatorschulungen für Gefahrgutfahrer festgeschrieben werden. Simulatortraining schafft Sicherheit, trainiert Fahrpraxis, die Früherkennung und Bewältigung von Konfliktsituationen und baut Streß ab. Permanentes Bewußtsein der Fahrer für ihre Verantwortung und hohe Qualifikation schaffen mehr Sicherheit.
6. Die Kontrolle und Überwachung der Gefahrguttransporte kann wirksamer gestaltet werden. Die BAG kontrolliert noch nicht einmal 0,1 Prozent aller Transporte, führt keine Statistik über Verstöße gegen Sozialvorschriften und darf keine Prüfung der technischen Bestimmungen der STVZO vornehmen. Präventivwirkung ist weder davon noch von Straßenkontrollen der Polizei zu erwarten. Jeder 5. kontrollierte LKW wird beanstandet, mehr als 40 Prozent wegen Verstößen gegen die Sozialvorschriften, auffallend viele wegen Fehlern beim Laden und Handhaben des Gefahrgutes.

Dennoch ist die Kontrollqualität in der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen europäischen Ländern schon beachtlich; es wird schwer werden, eine vergleichbare Mindestkontrollichte überhaupt europaweit durchzusetzen. Gerade deshalb aber sind Sanktions- und Zurückweisungsmöglichkeiten für Transporte mit schweren Mängeln unverzichtbar. Durch eindeutige Rechtsgrundlagen, durch ein entsprechendes technisches Equipment und eine gute Ausbildung sollten die Kontrolleure zielgerichtet auf den in zunehmendem Maße unsachgemäßer Umgang mit der Klassifizierung von Gefahrstoffen vorbereitet werden. Hilfreich wäre die Bildung von "Gefahrgutkontrolltrupps" der Polizei.

Rede im Deutschen Bundestag

(-/3. März 1994/hgs/fr)

Wir brauchen ein Arbeitsschutz-Gesetzbuch!
Eine umfassende Regelung würde die Unfall-Zahlen senken

Von **Manfred Reimann MdB**
Arbeitsschutzexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Laut Ratsbeschuß sollten die Mitgliedsländer der EU die EG-Arbeitsschutzrahmenrichtlinie bis zum 31. Dezember 1992 in nationales Recht umwandeln. Der Anspruch dieses mit fast eininhalbjähriger Verspätung vorgelegten Gesetzentwurfs ist für die Praxis nicht ausreichend und kann, gemessen an den Vorstellungen der SPD, auch als unzureichend bezeichnet werden.

Von Fachleuten wird er als praxisfremd, schwerfällig und überbürokratisch eingestuft und abgelehnt. Sie befürchten darüber hinaus bei der tatsächlichen Umsetzung reale Verschlechterungen im Arbeitsschutz.

Unter den vielen spezifischen Problemen mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist die Ausgrenzung von Heimarbeiterinnen, Hausangestellten sowie des gesamten Gaststättenbereiches mit nichts zu begründen.

Ferner ist das Mitwirkungsrecht der Beschäftigten in Bezug auf EG-Richtlinien und Artikel 8 Bildschirmrichtlinie nur unzureichend umgesetzt.

Als unzureichend einzustufen sind auch die schriftliche Gefährdungsbeurteilung, die vorgesehene Überwachung im Öffentlichen Dienst sowie die nach wie vor mangelhaft geregelte Zusammenarbeit von Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht. Insgesamt fehlt eine Reform des Berufskrankheitenrechts. Die von der SPD schon seit langem geforderte Umkehr der Beweislast läßt also nach wie vor auf sich warten.

Im Gesetzentwurf verbirgt sich ein Zündstoff ganz besonderer Art. Erlaubt wird die Anwendung genetischer Untersuchungen, durch die bestimmte ererbte Veranlagungen für Erkrankungen, die durch die Beschäftigung an einem bestimmten Arbeitsplatz oder mit einer bestimmten Tätigkeit entstehen können, zu ermitteln sind.

Es handelt sich hier um eine ausgesprochen zweischneidige Angelegenheit. Offiziell sollen Schädigungen durch krankmachende Substanzen am Arbeitsplatz ausgeschlossen werden, inoffiziell aber kann dieser Paragraph genausogut dazu benutzt werden, eine soziale Selektion zwischen erbschwachen und erbstarken ArbeitnehmerInnen vorzunehmen und so nicht Arbeitsplätze an die dort Beschäftigten anzupassen, sondern die Beschäftigten an den Arbeitsplatz. Die einzig mögliche Lösung kann und darf aber nur darin bestehen, Arbeitsplätze den dort tätigen Menschen anzupassen und krankmachende Stoffe spätestens dann endgültig zu verbieten, sobald ungefährliche Ersatzstoffe zur Verfügung stehen.

Die Zielsetzung dieses Gesetzentwurfes ist einfach nicht umfassend genug. Prävention fehlt völlig. Dabei könnte gerade durch vorbeugenden Gesundheitsschutz sehr viel gespart werden. Reparaturen, in diesem Falle Reparaturen an der menschlichen Gesundheit, kommen zwangsläufig teurer als Aufwendungen für Vorbeugung und Verhütung. Ebenfalls nicht außer Acht lassen darf man in diesem Zusammenhang die Kosten, die den Betrieben durch arbeitsbedingte Krankheiten entstehen.

Die SPD fordert nach wie vor die Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzbuches. Denn eine umfassende Gesetzgebung im Arbeitsschutz würde sicherlich die Unfallzahlen, deren kontinuierliches Steigen wir Jahr für Jahr mit Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen, spürbar sinken lassen.

(-/3. März 1994/rs/ks)

Wirtschaftsbürger statt Wirtschaftsuntertanen
Zum 30. Todestag des SPD-Wirtschaftspolitikers Heinrich Deist

Von Sigmar Mosdorf

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Standort Deutschland" der SPD-Bundestagsfraktion

Am 7. März 1964, also dem kommenden Montag vor 30 Jahren, starb der Wirtschaftspolitiker und stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Heinrich Deist. Der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker ließ in all den Jahren seiner politischen Arbeit nie einen Zweifel daran aufkommen, daß der Mensch im Mittelpunkt allen wirtschaftlichen Handelns steht. Deists Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in einer sozialen Marktwirtschaft waren stetige Steigerung des Sozialprodukts, Sicherung der Vollbeschäftigung und Erhöhung des Lebensstandards.

Zielsetzungen, die 1967 in Form des Stabilitätsgesetz zu einer Maxime der Wirtschaftspolitik für jede Bundesregierung erhoben wurden. Heinrich Deist prägte als Sprecher der Sozialdemokraten in ökonomischen Fragen den wirtschaftspolitischen Kurs der SPD in entscheidenden Phasen und gilt als einer der Väter des Godesberger Programms.

Heinrich Deist wurde am 10. Dezember 1902 in Bant bei Wilhelmshaven geboren. In Dessau, Sachsen-Anhalt, besuchte er die Volksschule und das Realgymnasium.

Sein Vater, ein überzeugter Sozialdemokrat, wurde in der Weimarer Republik Ministerpräsident in Anhalt. Unter dem politischen Einfluß des Elternhauses begann sich der junge Heinrich Deist früh für Politik zu interessieren. Mit 16 Jahren engagierte er sich bereits in der sozialistischen Arbeiterjugend, mit 18 wurde er Mitglied in der SPD. Nach der Schule studierte er an den Universitäten Leipzig, Hamburg und Halle Jura und Sozialwissenschaften.

Nach dem Studium trat er 1924 in den Verwaltungsdienst ein, wo er 1931 als Regierungsrat in die Polizeiabteilung des preußischen Innenministeriums berufen wurde. Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernehmen, scheint die berufliche Karriere für Heinrich Deist zu Ende. Als Sozialdemokrat wird er wegen "politischer Unzuverlässigkeit" aus dem Dienst entlassen. In Düsseldorf schlägt er sich als Angestellter in einem kleinen Papier- und Bürobedarfgeschäft durch, bevor er sich 1935 als Wirtschaftstreuhänder selbständig macht.

Neben seinem Beruf studiert er an der Universität Köln Betriebswirtschaft und promoviert 1944 zum Dr. rer. pol.

Nach dem Krieg wird Deist als Vertrauensmann der Gewerkschaften Mitglied der 11-köpfigen Stabilitätstreuhändervereinigung, die nach einem Gesetz der alliierten Kontrollbehörden die entflochtenen Großunternehmen der Eisen- und stahlerzeugenden Industrie Westdeutschlands überwachen sollte.

Seit 1953 gehörte Heinrich Deist als Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an, wo er sich als Gegenspieler von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard einen Namen macht. "Mit Euch, Herr Doktor, zu diskutieren ist ehrenvoll und bringt Gewinn", rief Erhard seinem Diskussionsgegner einmal zu. Dies hinderte Deist jedoch nicht in der Sache Erhard scharf anzugreifen, unter anderem, wegen dessen berühmter und einseitiger "Maßhalterede" im Frühjahr 1962.

Dabei war Deist nie ein bequemer Parteimann, sondern oft Vordenker sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, wie sie seinen Vorstellungen einer modernen Volkswirtschaft entsprachen.

Heinrich Deist, der sich selbst stets als undogmatisch und ideologiefrei bezeichnete wird Berater des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Wirtschaftsfragen.

Ein besonderes Anliegen ist ihm die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses. Nach seinen Vorstellungen sollten an die Stelle abhängiger "Wirtschaftsuntertanen" verantwortlich handelnde "Wirtschaftsbürger" treten. Das Verständnis der Arbeitnehmer für gemeinschaftliche Aufgaben und die Motivation an deren Lösung mitzuwirken sollte verbessert werden. Ein heute

aktuelles Thema das moderne Manager in den letzten Jahren verstärkt beschäftigt. Die zentrale Rolle spielte dabei für Heinrich Deist die Schaffung von Privateigentum auf breiter Basis und demokratische Mitbestimmung im Betrieb. Neben Hans Böckeler gilt er als einer der geistigen Väter des Mitbestimmungsrechtes in der Kohle- und Stahlindustrie, deren Verhältnisse an Rhein und Ruhr er besonders gut kennt

In Unternehmerkreisen ist der sozialdemokratische Politiker ein gefragter Gesprächspartner. Als Vertreter der Gewerkschaften sitzt er in fünf Aufsichtsräten großer Industriebetriebe, bei zwei als Vorsitzender, bei zwei weiteren als stellvertretender Vorsitzender

Doch dies machte Deist nicht kritiklos gegenüber einer Gewerkschaftspolitik die nicht seiner Überzeugung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entsprecht.

Ein Meilenstein im Leben Heinrich Deists war der Parteitag 1958 in Stuttgart, als sich die Delegierten nach lebhafter Debatte für eine von ihm eingebrachte Entschließung zur Wirtschaftspolitik entschieden, die entscheidend den Weg zu wichtigen Teilen des Godesberger Programms öffnete. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, die selbständige Unternehmen stärkt, die Bürokratie in Grenzen hält, und die Rolle staatlicher Wirtschaftspolitik in einer am Gemeinwohl orientierten Beschränkung von zu großer Konzentration wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen sieht.

Diese Vorstellungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik goß Heinrich Deist mit dem Godesberger Programm in Lettern, das in weiten Teilen, vor allem aber in Wirtschaftsfragen deutliche seine Handschrift trägt. Eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, konsequente Förderung der Mittelschicht und eine angemessene Kontrolle wirtschaftlicher Machtzusammenballung bildeten die drei Eckpfeiler seiner ordnungspolitischen Vorstellungen.

Nach seiner Auffassung eines demokratischen Staates bilden die traditionellen Mittel staatlicher Ordnungspolitik Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit nur ein Teil politischer Führung. Der andere Teil besteht in der Moderation der freien gesellschaftlichen Kräfte in Staat, Wirtschaft und Politik, um sie zu einer am Gemeinwohl orientierten Zusammenarbeit zu motivieren. "Zu diesen Mitteln gehören in erster Linie politische Zielsetzungen, die Fernwirkung politisch gesetzter Tatsachen auf die Entscheidungen der Menschen, das Beispiel der politisch herrschende Kräfte und ihr Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung.", so Deist auf einer wirtschaftspolitischen Tagung der SPD im Jahre 1958 in Essen

Aus diesem Politikverständnis heraus schließt er auf, "jenes Kernstück, das für die Ordnung einer auf freie Kooperation autonomer Kräfte aufgebauten Wirtschaftspolitik entscheidend ist: eine Wirtschaftspolitik, die Ziele setzt, die zur Verantwortung aufruft, die durch ihr Beispiel wirkt und die durch Ihren legitimen Beitrag zur öffentliche Meinungsbildung den Blick auf das Ganze leitet".

Im Alter von nur 61 Jahren starb der Sozialdemokrat, Gewerkschafter, Wirtschafts- und Europapolitiker und praktische Nationalökonom Heinrich Deist völlig unerwartet im März 1994 in Meran, wo er gerade zu einem Erholungsaufenthalt eingetroffen war. Die wirtschaftspolitische Philosophie eines Heinrich Deist hat auch heute noch einen hohen Stellenwert und sein politisches Schaffen setzt bis heute Maßstäbe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

(-/3. März 1994/hgs/ks)

Was schert den Kanzler sein Geschwätz von gestern
Bundesregierung will Reform des Staatsangehörigkeitsrechts verschleppen

Von Cornelia Sonntag-Wolgest MdB
Stellvertretende Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Aus der groß angekündigten 'umfassenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts' wird in dieser Legislaturperiode nichts mehr. Zwar hat die Bundesregierung heute im Innenausschuß bei der Beratung des Gesetzesentwurfes der SPD zur Erleichterung der Einbürgerung und Hinnahme der Doppelstaatsangehörigkeit mitgeteilt, ein 'hausinterner' Entwurf für eine Reform sei jetzt fertig, jedoch noch keineswegs mit den Ressorts abgestimmt. Nach der Bundestagswahl sei mit einer Vorlage zu rechnen. Die Gründe liegen auf der Hand: Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern und Angst davor, sich bei Wählern aus dem rechten Spektrum mit einem als 'ausländerfreundlich' empfundenen Signal unbeliebt zu machen. Zwar verweist man innerhalb der CDU/CSU und der FDP auf noch ausstehende Gespräche über mögliche politische Annäherungen in dieser Frage. Doch es ist eindeutig: Für die laufende Legislaturperiode ist das Gesetz gestorben.

Das ist zum einen ein Bruch der Koalitionsvereinbarung vom Dezember 1990, eine 'umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Angriff zu nehmen'. Es ist auch ein schweres Versäumnis bei der Erfüllung des 'Asylkompromisses' vom 6. Dezember 1992, der ausdrücklich eine Neuregelung vorsah. Es ist zudem noch der Bruch eines Versprechens gegenüber den lange bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländern.

Doch was schert den Bundeskanzler sein Geschwätz von gestern? Nach dem Brandanschlag von Solingen hatte er am 15. Juni 1993 vor dem Bundestag erklärt: 'Immer mehr Ausländer werden auch ihren Lebensabend bei uns verbringen, so daß ich auch den Hinweis auf die Gruppe der Älteren bei Maßnahmen der Integration für wichtig halte... . Unser Staatsangehörigkeitsrecht ist jetzt 80 Jahre alt. Ich denke, wir sind gemeinsam der Auffassung, daß es jetzt notwendig ist, daß wir die Regelungen des geltenden Rechts überprüfen... . Wir wollen weitere Regelungen schnell treffen. Das heißt, wir wollen sie noch in dieser Legislaturperiode verabschieden'. Der - damals noch amtierende - Minister Rudolf Selters werde bald einen Gesetzesentwurf vorlegen, so Kohl weiter, es sei für ihn wichtig, dabei schnell zu arbeiten. Das hieß ohne jeden Zweifel: Angekündigt war eine zügige Gesetzesvorlage, zeitlich erheblich vor dem Wahltermin.

Das also ist nun Schall und Rauch. Die guten Vorsätze nach den Schreckenstaten von Mölln und Solingen haben sich verflüchtigt. Anstrengungen zur besseren Integration von Ausländern und Ausländerinnen werden als nichtig beiseitegelegt, sind vielleicht nicht einmal erwünscht. Ein klägliches Schauspiel.

Ihre Pläne für eine Gesetzesvorlage nach den Bundestagswahlen kann die CDU/CSU/FDP-Regierung zu den Akten legen. Denn dann wird eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Besseres anbieten.

(-/3. März 1994/hgs/ks)
